

ANDREAS MATTFELDT MdB

Verden-Osterholz

BERLIN AKTUELL

Liebe Freunde,

in dieser Woche haben wir im Deutschen Bundestag der Befreiung von Auschwitz gedacht. Vor 75 Jahren wurden die letzten Überlebenden des Konzentrationslagers durch die Rote Armee befreit. Die Erinnerung an das unfassbare Leid und die systematische Ermordung so vieler Menschen beschämt und erschüttert uns zutiefst, daran hat sich auch so viele Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges nichts geändert. Wie so oft bin ich froh, dass wir in Europa mittlerweile seit Jahrzehnten in Frieden und Wohlstand leben dürfen. Um keinen Preis dürfen wir dieses Glück aufs Spiel setzen.


Konrad Adenauer und seine Mitstreiter waren sich bei der Gründung von CDU und CSU nach 1945 einig, dass die Würde jedes einzelnen Menschen nie wieder verletzt werden sollte. Diese Grundüberzeugung begleitete von Anfang an auch die Aussöhnung mit Israel. Daher ist es für uns eine wichtige Geste der Versöhnung und Auftrag zugleich, dass der israelische Präsident Reuven Rivlin zum Gedenken an den 27. Januar 1945 an diesem Mittwoch bei uns im Bundestag gesprochen hat.

Darüber hinaus haben wir in dieser Woche auch im infrastrukturellen und wirtschaftspolitischen Bereich wieder Neuerungen auf den Weg gebracht. In dieser Wahlperiode stellen wir als Bund Rekordmittel für Investitionen in unsere Infrastruktur bereit, auch wenn dafür in manchen Bereichen Länder und Kommunen zuständig sind: für Schienen, Straßen und Wasserstraßen, für die Digitalisierung der Schulen und für schnelles Internet, für Kitas, für den sozialen Wohnungsbau, für den öffentlichen Nahverkehr in Kommunen, für kommunale Einrichtungen wie Schwimmbäder und Sporthallen.

An vielen Baustellen im Land merken die Bürger, dass investiert wird, aber manches kommt nur langsam in Gang. Daher beschließen wir ein weiteres Gesetz zur Planungsbeschleunigung, damit Ersatzneubauten und 12 große Schiene- und Wasserstraßenprojekte schneller schneller realisiert werden können. Zudem erhöhen wir für den schienengebundenen öffentlichen Personennahverkehr die Bundesmittel: ab 2021 auf eine Milliarde, ab 2025 auf zwei Milliarden Euro pro Jahr. Das ist ein konkreter Beitrag zum Klimaschutz.

Der Staat hat dank guter Arbeit in der Koalition - vor allem auch in der Wirtschaftspolitik - im Moment wirklich kein Einnahmeproblem. Wenn wir denn ein Problem haben, dann eher ein Luxusproblem, um das uns viele Länder beneiden, denn wir müssen entscheiden, wir wie die nicht unerheblichen Steuereinnahmen so zielgerichtet ausgeben, dass nachfolgende Generationen hiervon profitieren. Investitionen scheitern bei uns in Deutschland momentan nicht am Geld, sondern an der Umsetzung. Die bereitgestellten Mittel fließen schon jetzt an vielen Stellen nicht ab. Das gilt eben auch für Investitionen im Bereich Infrastruktur.

Im Übrigen hatten wir 2019 Investitionsausgaben in Höhe von über 38 Milliarden Euro. Diese wollen wir in 2020 noch einmal um über 10 Prozent auf 43 Milliarden Euro steigern.



Herzliche Grüße

Ihr/Euer

FOTO DER WOCHE



ALS PRAKTIKANTIN BEI MIR IN BERLIN: KAJSA GERKENS AUS KIRCHLINTELN

Hi, ich bin Kaja und bin 17 Jahre alt. Im Moment absolviere ich ein zweiwöchiges Schulpraktikum im Büro von Andreas Mattfeldt in Berlin. Ich bin Schülerin des Domgymnasiums in Verden und besuche dort die elfte Klasse. Das letzte Schuljahr verbrachte ich in den USA im Bundesstaat Iowa. Mein Zuhause ist in Kirchlinteln, das im Wahlkreis von Herrn Mattfeldt liegt. In meiner Freizeit mache ich sehr viel Leichtathletik. Außerdem singe ich im Chor, spiele Oboe im Orchester und rudere.



Ich habe mich für ein Praktikum bei Andreas Mattfeldt entschieden, da ich mich für Politik interessiere und gerne die Arbeit eines Politikers kennenlernen wollte.

Die erste Woche meines Praktikums verlief entspannt, sodass ich gut ankommen und mich im Büro zurechtfinden konnte. Ich übernahm kleinere Aufgaben, wie zum Beispiel Recherchen durchführen oder Pressemitteilungen schreiben. Die zweite Woche war eine Sitzungswoche und ich durfte bei Sitzungen des Petitionsausschusses und des Haushaltsausschusses dabei sein.

Am Montag fand eine öffentliche Petitionsversammlung statt, bei der ich zuschauen durfte. Dort wurden drei Petitionen besprochen, die mehr als 50.000 Unterschriften haben. Am Dienstag hatte ich die Möglichkeit vor der Fraktionssitzung die Politiker der Unionsfraktion zu sehen und ein paar Fotos zu machen. Die Sitzungswoche fand ich sehr spannend.

Die sehr vielfältige Arbeit hier macht mir viel Spaß und ich möchte mich ganz herzlich bei Andreas Mattfeldt und seinem Team für die wirklich sehr schöne Zeit bedanken im Bundestag bedanken!

THEMEN DER WOCHE

GESETZ ZUR VEREINHEITLICHUNG DES ENERGIEEINSPARRECHTS FÜR GEBÄUDE

Ziel dieses Gesetzentwurfs, den wir in erster Lesung beraten, ist die Vereinfachung und Entbürokratisierung des Energieeinsparrechts für Gebäude. So werden bisherige Gesetze und Verordnungen in einem neuen Gesetz gebündelt. Für die Errichtung neuer Gebäude soll künftig ein einheitliches Anforderungssystem gelten. Es wird der Ansatz verfolgt, den Energiebedarf eines Gebäudes durch einen effizienten baulichen Wärmeschutz gering zu halten und den verbleibenden Energiebedarf zunehmend durch erneuerbare Energien zu decken. Zudem werden mit dem Gesetz die im Rahmen des Klimapakets getroffenen Vereinbarungen rechtlich umgesetzt, wonach in Gebäuden, in denen eine klimafreundlichere Wärmeerzeugung möglich ist, der Einbau von Ölheizungen ab 2026 nicht mehr gestattet ist.

GESETZ ZUR VERBESSERUNG DER HILFEN FÜR FAMILIEN BEI ADOPTION (ADOPTIONSHILFE-GESETZ)

Mit dem Gesetzentwurf, den wir in erster Lesung beraten, wollen wir das Gelingen von Adoptionen fördern. Ziel ist es, die Rahmenbedingungen bei Adoptionen zu verbessern, damit adoptierte Kinder in einem förderlichen Umfeld aufwachsen und sich gut entwickeln können. Dafür bedarf es einer langfristigen und fachlich fundierten Beratung und Unterstützung aller an der Adoption Beteiligten. Diese soll durch eine eingehende Beratung vor der Adoption durch eine Adoptionsvermittlungsstelle und die Einführung eines Rechtsanspruchs auf nachgehende Begleitung gewährleistet werden. Darüber hinaus soll der offene Umgang mit Adoptionen unterstützt werden. Zu diesem Zweck sollen Adoptionsvermittlungsstellen die Adoptiveltern unter Berücksichtigung aller Umstände dazu ermutigen, offen mit dem Kind über die Adoption zu sprechen. Des Weiteren werden künftig unbegleitete Adoptionen aus dem Ausland untersagt. Internationale Adoptionen sollen immer von einer Fachstelle begleitet werden und Schutzstandards gelten. In familiengerichtlichen Verfahren sollen fachliche Äußerungen in Zukunft nicht nur durch eine Adoptionsvermittlungsstelle erfolgen.

KULTUR IN LÄNDLICHEN RÄUMEN STÄRKEN – TEILHABE ERMÖGLICHEN

Eine kulturelle Grundversorgung gehört zur regionalen Daseinsvorsorge. Insbesondere strukturschwache Regionen sind hier vor große Herausforderungen gestellt. Mit unserem Antrag wollen wir die Kulturarbeit außerhalb der Metropolen stärken sowie die Angleichung der Lebensverhältnisse fördern. Ausgehend von einer Anhörung des Kulturausschusses zu diesem Thema fordern wir die Fortsetzung und Stärkung bereits erfolgreicher Programme wie etwa der Kulturstiftung des Bundes, des Denkmalschutzsonderprogramms oder die Stärkung von „dritten Orten“ wie Bibliotheken und soziokulturelle Zentren. Zudem soll „Invest-Ost“ zu einem gesamtdeutschen Programm ausgeweitet und ein neues Zukunftsprogramm Kino aufgelegt werden.

JAHRESWIRTSCHAFTSBERICHT 2020 UND JAHRESGUTACHTEN 2019/20 DES SACHVERSTÄNDIGENRATES ZUR BEGUTACHTUNG DER GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Wir debattieren über den Jahreswirtschaftsbericht 2020, der dem Kabinett am 29. Januar vorgelegt wird, und über das Jahresgutachten des Sachverständigenrates. Dieses Gutachten kommt zu dem Ergebnis, dass sich die deutsche Wirtschaft konjunkturell im Abschwung befindet. Von einer breiten und tiefgehenden Rezession sei jedoch nicht auszugehen. Das reale BIP wuchs im zurückliegenden Jahr nach Prognose des Sachverständigenrates um 0,5 %. Die Sachverständigen halten ein zusätzliches Konjunkturpaket nicht für notwendig. Nach ihrem Urteil lässt die Schuldenbremse einen ausreichenden Spielraum für eine Erhöhung der öffentlichen Investitionen. Herausforderungen für die heimische Volkswirtschaft werden insbesondere in der schwachen Produktivität gesehen, die sich durch demografischen Wandel, einem verhaltenen Einsatz neuer Technologien, eine geringe Unternehmensdynamik sowie eine schwache Investitionstätigkeit begründe. Das Gutachten belegt, dass die am sogenannten Gini-Koeffizienten gemessene Einkommensungleichheit seit dem Jahr 2005 nicht signifikant gestiegen ist, obwohl Zuwanderung vor allem in die unteren Einkommensbereichen stattgefunden habe. Darüber hinaus nennen die Gutachter Maßnahmen zur Förderung von Forschung und Innovation sowie zur Steigerung von privaten und öffentlichen Investitionen.

DRITTES GESETZ ZUR ÄNDERUNG DES GEMEINDEVERKEHRSFINANZIERUNGSGESETZES

In zweiter und dritter Lesung beschließen wir die Reform des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes, mit dem der Bund den Bau und den Ausbau des schienengebundenen öffentlichen Personennahverkehrs fördert. Dazu werden in den Jahren 2020 und 2021 zusammen eine Milliarde Euro gegenüber 2019 mehr bereitgestellt. Ab 2021 steigen die Investitionsmittel auf eine Milliarde jährlich, für 2025 ist eine Erhöhung auf zwei Milliarden Euro mit anschließender Dynamisierung um jährlich 1,8 Prozent vorgesehen. Um kurz- und mittelfristige Ziele des Klimaschutzes zu erreichen, werden neue Fördervorhaben aufgenommen.

FÜNFTES GESETZ ZUR ÄNDERUNG DES REGIONALISIERUNGSGESETZES

In zweiter und dritter Lesung beschließen wir die Reform des Regionalisierungsgesetzes. Auf Grundlage dieses Gesetzes erhalten die Länder einen Anteil aus dem Steueraufkommen des Bundes, der insbesondere zur Finanzierung des Schienenpersonennahverkehrs zu verwenden ist. Mit der Reform werden diese finanziellen Mittel in den Jahren 2020 bis 2023 erhöht und anschließend dynamisiert. Insgesamt erhöhen sich die Regionalisierungsmittel mit dem Gesetzentwurf über die Jahre 2020 bis 2031 addiert um ca. 5,2 Milliarden Euro.

GESETZ ZUR ERRICHTUNG DER DEUTSCHEN STIFTUNG FÜR ENGAGEMENT UND EHRENAMT

Das Gesetz schafft in zweiter und dritter Lesung eine Grundlage für die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt. Geregelt werden unter anderem Rechtsform, Stiftungszweck, die Organe der Stiftung und deren Vermögen. Die Stiftung wird dazu beitragen, bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt insbesondere in strukturschwachen und ländlichen Räumen zu stärken und zu fördern. Hierzu soll die Stiftung unter anderem Serviceangebote und Informationen bei der Organisationsentwicklung für bürgerschaftliches und ehrenamtliches Engagement bereitstellen. Der jährliche Finanzbedarf der Stiftung wird auf 30 Mio. Euro geschätzt.

ENTWURF EINES GESETZES ZUR ÄNDERUNG DES § 246 BAUGESETZBUCH

Wir beraten einen durch den Bundesrat eingebrachten Gesetzentwurf in erster Lesung. Er verfolgt das Ziel, die bisher bis zum 31. Dezember 2019 befristeten Erleichterungen im Bauplanungsrecht, die zum Zweck der raschen Errichtung von Flüchtlingsunterkünften geschaffen worden waren, bis zum 31. Dezember 2022 zu verlängern.

DIE AUSWÄRTIGE KULTUR- UND BILDUNGSPOLITIK IM WANDEL – NEUE BEDINGUNGEN UND HERAUSFORDERUNGEN FÜR ZEITGEMÄSSES HANDELN

Die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik ist als sogenannte „3. Säule“ der Außenpolitik – neben der klassischen Außenpolitik und der Außenwirtschaftspolitik – ein wichtiges Element des Auftretens Deutschlands in der Welt. Sie trägt maßgeblich dazu bei, ein zeitgemäßes Deutschlandbild im Ausland zu fördern und Entscheidungsträger und Bildungseliten frühzeitig mit Deutschland in Kontakt zu bringen. Vor diesem Hintergrund fordern wir die Bundesregierung dazu auf, die Arbeit der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik insgesamt zu stärken. Dazu zählt, über die Arbeit der Goethe-Institute auch die notwendige Grundlage für die Rekrutierung von Fachkräften zu schaffen sowie den Jugendaustausch als ein wichtiges Element der Völkerverständigung zu stärken. Dabei soll Afrika noch mehr in den Fokus der Kultur- und Bildungszusammenarbeit rücken.